

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
---------------------------------	-----

§ 1. Einleitung. . . . .	1
--------------------------	---

## Erster Teil Die deutsche Rechtsordnung

§ 2. <i>Zum Begriff des judikativen Unrechts</i> . . . . .	6
A. Die richterliche Rechtsanwendung . . . . .	7
I. Erkenntnistheoretische Prämissen der Rechtsanwendung . .	9
II. Methodologische Prämissen der Normanwendung. . . . .	16
B. Ergebnis. . . . .	26
§ 3. <i>Der verfassungsrechtlich garantierte Rechtsschutz gegen den Richter</i> . . . . .	27
A. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	28
I. Entwicklung bis zum Plenumsbeschluss . . . . .	30
II. Plenumsbeschluss vom 30. April 2003 . . . . .	31
III. Kritische Würdigung . . . . .	34
1. Differenzierung zwischen Verfahrensgrundrechten und materiellen Grundrechten. . . . .	34
a) Die Rechtsprechung zu den sog. außerordentlichen Rechtsbehelfen . . . . .	35
b) Übertragbarkeit des Plenumsbeschlusses auf sonstige Verfahrensgrundrechte . . . . .	39
c) Übertragbarkeit des Plenumsbeschlusses auf materielle Grundrechte. . . . .	42
2. Reduzierung auf Rechte von Verfassungsrang. . . . .	47
a) Lediglich einfachrechtlicher Rang der Unanfechtbarkeit? . . . . .	48
b) Herleitung des Rechtsschutzanspruchs unmittelbar aus den Grundrechten? . . . . .	49

c) Stellungnahme . . . . .	53
3. Zwischenergebnis . . . . .	55
B. Gegenmodelle der Literatur . . . . .	56
I. Art. 19 Abs. 4 GG als Sitz des Rechtsschutzanspruchs gegen den Richter? . . . . .	56
II. An Art. 19 Abs. 4 GG orientierte Rechtsschutzmodelle . . . . .	59
1. Begründung eines zweistufigen Instanzenzuges über die Effektivität des Rechtsschutzes (Horst Bauer) . . . . .	59
2. Unterscheidung von Handlungs- und Urteilsmaßstab (Lorenz) . . . . .	60
3. Unterscheidung von „Rechtsprechung“ und „Rechts- fürsorge“ (Smid) . . . . .	62
4. Aufladung des Rechtsschutzbegriffs in Art. 19 Abs. 4 GG mit verfahrensrechtlichen Garantien (Schenke) . . . . .	65
5. Das kontrollorientierte zweistufige Rechtsmittelsystem (Voßkuhle) . . . . .	69
6. Zwischenergebnis . . . . .	74
C. Elemente eines verfassungsrechtlichen Modells des Rechtsschutzes gegen den Richter . . . . .	74
I. Zum Kriterium der Einmaligkeit gerichtlichen Rechtsschutzes . . . . .	75
1. Verfahrensgrundrechte . . . . .	76
a) Rechtliches Gehör . . . . .	77
b) Andere Verfahrensgrundrechte . . . . .	78
2. Materielle Grundrechte . . . . .	80
3. Interdependenz von Verfahrensgrundrechten und materiellen Grundrechten . . . . .	81
II. Rechtsschutz durch den <i>iudex a quo</i> oder den <i>iudex ad quem</i> ? . . . . .	81
III. Rechtsschutz gegen die Rügeentscheidung? . . . . .	85
IV. Garantie zumindest einmaligen Primärrechtsschutzes? . . . . .	88
D. Gesamtergebnis . . . . .	91
§ 4. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Staatsunrechts- haftung . . . . .	92
A. Kein Ausschluss unmittelbarer Staatsunrechtshaftung kraft Verfassungsrechts . . . . .	93
I. Kein Ausschluss über Art. 34 GG . . . . .	94
1. Die Entstehungsgeschichte des § 839 BGB . . . . .	95
2. Art. 34 GG als Mindestgarantie . . . . .	101

B. Positive Grundlegung einer unmittelbaren Staatsunrechts-	
haftung kraft Verfassungsrechts . . . . .	105
I. Art. 34 Satz 1 GG keine Haftungsgrundlage . . . . .	106
II. Art. 19 Abs. 4 GG als Ausdruck direkter Zurechnung	
von Staatsunrecht. . . . .	108
III. Verfassungsrechtliche Verortung unmittelbarer	
Staatshaftung. . . . .	113
1. Aufopferung. . . . .	114
2. Grundrechte. . . . .	121
a) Das Privilegierungsargument. . . . .	123
b) Die grundrechtsunmittelbare Begründung	
einer Staatsunrechtshaftung . . . . .	127
aa) Zur dogmatischen Verankerung des Folgen-	
beseitigungsanspruchs . . . . .	130
bb) Der Schutz absoluter Rechte im Zivilrecht. . . . .	133
cc) Konsequenzen für das Öffentliche Recht . . . . .	136
dd) Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes . . . . .	138
3. Rechtsstaatsprinzip . . . . .	143
a) Ungeschriebene allgemeine Wiedergutmachungsnorm	
b) Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung . . . . .	145
c) Materielle Gerechtigkeit . . . . .	147
d) Staatliches Gewaltmonopol. . . . .	147
aa) Begründbarkeit der Staatshaftung bei Verletzung	
von Leistungsrechten. . . . .	149
bb) Begründbarkeit des Vorrangs des Primärrechts-	
schutzes . . . . .	150
IV. Konsequenzen . . . . .	154
1. Schadensersatz oder Entschädigung? . . . . .	154
a) Berücksichtigungsfähigkeit finanzieller Konsequenzen	
b) Distributive Erwägungen . . . . .	158
c) Bezugspunkt der Rechtswidrigkeit . . . . .	159
2. Zur Verschuldensabhängigkeit der Haftung. . . . .	161
3. Passivlegitimation . . . . .	163
V. Besonderheiten auf Ebene des Landesverfassungsrechts . . . . .	166
C. Gesamtergebnis . . . . .	167
§ 5. <i>Verfassungsrechtliche Parameter der Staatshaftung</i>	
<i>für judikatives Unrecht.</i> . . . .	169
A. Synthese aus „Rechtsschutz gegen den Richter“	
und „Staatsunrechtshaftung“ . . . . .	169
B. Legitimationsgründe für weitergehende Haftungs-	
beschränkungen. . . . .	170

I. Vorüberlegung zum Verhältnis der Einschränkungsründe . . . . .	171
1. Rechtskraft als alleiniger Privilegierungsgrund . . . . .	171
2. Richterliche Unabhängigkeit als alleiniger Privilegierungsgrund . . . . .	173
3. Kombinationsmodelle . . . . .	173
II. Die richterliche Unabhängigkeit . . . . .	174
1. Geltung der Unabhängigkeitsgarantie bei inner-judikativer Beeinflussung . . . . .	176
2. Abgrenzungsfragen . . . . .	178
3. Richterliche Unabhängigkeit und Haftung . . . . .	179
4. Schlussfolgerung. . . . .	182
III. Die Rechtskraft. . . . .	182
1. Formelle Rechtskraft . . . . .	182
2. Materielle Rechtskraft. . . . .	186
3. Rechtskraft im weiteren Sinne. . . . .	188
4. Schlussfolgerung. . . . .	192
IV. Würde, Ansehen und Autorität der Justiz . . . . .	193
1. „Standesprivileg“ . . . . .	194
2. Autorität der Judikative insgesamt . . . . .	194
3. Die Rechtswegverteilung . . . . .	196
C. Gesamtergebnis . . . . .	202
 § 6. Die einfachrechtliche Ausgestaltung der Haftung des Staates für judikatives Unrecht. . . . .	204
A. Rechtshistorische Entwicklung der Richterhaftung. . . . .	204
I. Römisches Recht . . . . .	204
II. Deutsche Reichsgesetze. . . . .	207
III. Das gemeine Recht . . . . .	211
IV. Partikularrechte im 19. Jh. . . . .	212
1. Preußen . . . . .	212
2. Sachsen . . . . .	215
3. Linksrheinische Gebiete . . . . .	216
V. Staatsrechtslehre im 19. Jh. . . . .	216
VI. Die Entstehung des § 839 Abs. 2 BGB . . . . .	219
1. Verhältnis zur bisherigen Rechtslage . . . . .	220
2. Die Beratungen zu § 839 Abs. 2 BGB . . . . .	223
B. Die einzelnen Anspruchsgrundlagen . . . . .	225
I. § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG . . . . .	226
1. „Urteil in einer Rechtssache“ . . . . .	226
2. „Bei“ dem Urteil. . . . .	230
3. Haftung außerhalb von § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB . . . . .	232
a) Rechtsanwendungsfehler . . . . .	232

b) Beschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit . .	234
c) Verfahrensverzögerung . . . . .	235
d) Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .	236
4. Systemimmanente Kritik . . . . .	239
a) Inkonsistenz in der Begründung des Haftungsprivilegs	239
b) Fehlende Berücksichtigung der Haftungsübernahme durch den Staat . . . . .	241
c) Inkonsistenz von Wortlautargument und Telos . . . .	243
5. Systemtranszendente Kritik . . . . .	246
a) Die Beamteneigenschaft . . . . .	246
b) Ausübung eines öffentlichen Amtes . . . . .	248
c) Die Amtspflichtverletzung . . . . .	249
aa) „Unrichtige“ Rechtsanwendung . . . . .	249
bb) Abweichung von Präjudizien . . . . .	253
cc) Besonderheiten bei Kollegialgerichten . . . . .	256
d) Drittbezogenheit der Amtspflicht. . . . .	258
e) Verschulden. . . . .	259
aa) „Unrichtige“ Rechtsanwendung . . . . .	259
bb) Abweichung von Präjudizien . . . . .	260
cc) Besonderheiten bei Kollegialgerichten . . . . .	260
dd) Beschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit . . . . .	262
f) Kausalität. . . . .	263
g) Schaden. . . . .	265
h) § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB . . . . .	267
i) § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB . . . . .	270
k) Verhältnis von Primär- und Sekundärrechtsschutz (§ 839 Abs. 3 BGB) . . . . .	273
aa) Grundsätzliches . . . . .	273
bb) Zumutbarkeit des Primärrechtsschutzes . . . . .	274
cc) Vorrang des Primärrechtsschutzes und außer- ordentliche Rechtsbehelfe . . . . .	278
(1) Außerordentliche Berufung/Revision . . . . .	279
(2) Außerordentliche Beschwerde . . . . .	279
(3) Gegenvorstellung. . . . .	280
(4) Analoge Anwendung des § 321a ZPO?. . . . .	282
dd) Urteilsnichtigkeit. . . . .	284
l) Ergebnis . . . . .	286
II. Weitere Anspruchsgrundlagen . . . . .	287
1. Enteignungsgleicher Eingriff und Aufopferung . . . . .	287
a) Haftungsprivilegierung für Urteile und urteils- vertretende Erkenntnisse . . . . .	288
b) Haftung in nichtprivilegierten Fällen. . . . .	290
aa) Herausnahme bestimmter richterlicher Maßnahmen . . . . .	291

bb) „Unrichtige“ Rechtsanwendung . . . . .	292
c) Vorrang des Primärrechtsschutzes . . . . .	293
d) Rechtsfolge . . . . .	294
2. Staatshaftungsgesetze der neuen Länder . . . . .	294
a) Der Privilegierungstatbestand des § 1 Abs. 4 LStHG . . . . .	295
b) Haftung außerhalb des § 1 Abs. 4 LStHG . . . . .	298
aa) „Unrichtige“ Rechtsanwendung . . . . .	298
bb) Besonderheiten bei Kollegialgerichten . . . . .	299
c) Verweisungsprivileg . . . . .	300
d) Vorrang des Primärrechtsschutzes . . . . .	300
e) Rechtsfolge . . . . .	301
3. Art. 5 Abs. 5 EMRK/Art. 9 Abs. 5 IPBPR . . . . .	301
a) Haftung im Anwendungsbereich des § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB . . . . .	301
b) Haftung außerhalb des Anwendungsbereichs des § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB . . . . .	305
c) Vorrang des Primärrechtsschutzes . . . . .	307
d) Rechtsfolge . . . . .	308
4. Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungs- maßnahmen (StrEG). . . . .	308
a) Haftungsrechtliche Einordnung . . . . .	310
b) Haftung im Anwendungsbereich des § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB . . . . .	312
c) Haftung außerhalb des Anwendungsbereichs des § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB . . . . .	313
d) Vorrang des Primärrechtsschutzes . . . . .	314
e) Rechtsfolge . . . . .	315
5. Ergebnis . . . . .	316
III. Gesamtergebnis. . . . .	316
 § 7. Die Haftung für überlange Verfahrensdauer . . . . .	317
A. Der verfassungsrechtliche Anspruch auf angemessene Verfahrensdauer. . . . .	318
I. Verfassungsrechtliche Verortung . . . . .	318
II. Bestimmung der angemessenen Verfahrensdauer. . . . .	325
B. Die haftungsrechtliche Ausgestaltung durch § 839 BGB . . . . .	328
I. Die Amtspflichtverletzung . . . . .	328
1. Herleitung . . . . .	328
2. Anknüpfung an das Handlungs- oder das Erfolgsunrecht? . . . . .	329
3. „Einfache“ und „qualifizierte“ Prozessverzögerung. . . . .	333
4. Individuelles Fehlverhalten und Organisationsmängel . . . . .	334
II. Drittbezogenheit . . . . .	335

III. Verschulden . . . . .	338
IV. Kausalität . . . . .	339
V. Schaden . . . . .	340
VI. Vorrangiger Primärrechtsschutz . . . . .	342
1. Dienstaufsichtsbeschwerde . . . . .	345
2. Ablehnung wegen Befangenheit . . . . .	347
3. Revision . . . . .	349
4. Ungeschriebene Untätigkeitsbeschwerde . . . . .	351
5. Analogie zur Anhörungsrüge? . . . . .	357
6. Gesetzentwürfe zur Untätigkeitsbeschwerde . . . . .	358
7. Besondere Reaktionsmöglichkeiten im Strafrecht . . . . .	361
8. Verfassungsbeschwerde . . . . .	363
VII. Verfassungsrechtliche Anforderungen . . . . .	364
C. Weitere Anspruchsgrundlagen . . . . .	368
I. Enteignungsgleicher Eingriff und Aufopferung . . . . .	368
II. Die Staatshaftungsgesetze der neuen Länder . . . . .	370
III. Art. 5 Abs. 5 EMRK/Art. 9 Abs. 5 IPBPR . . . . .	371
IV. Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungs- maßnahmen (StrEG) . . . . .	372
V. Ergebnis . . . . .	373
D. Nachtrag . . . . .	373

## Zweiter Teil Europarecht

§ 8. Das Recht der Europäischen Union . . . . .	378
A. Grundlagen . . . . .	378
I. Effektiver Rechtsschutz . . . . .	378
II. Haftung der Mitgliedstaaten . . . . .	382
1. Herleitung . . . . .	383
a) Aufopferung . . . . .	384
b) Individualrechte . . . . .	386
c) Rechtsstaatsprinzip . . . . .	389
2. Strukturmerkmale . . . . .	390
a) Unmittelbare Unrechtszurechnung . . . . .	390
b) Haftung für Handlungs- oder für Erfolgsunrecht? . . . . .	393
c) Vorrang des Primärrechtsschutzes . . . . .	396
B. Haftung der Mitgliedstaaten für judikatives Unrecht . . . . .	398
I. Einwände gegen die Haftung . . . . .	399
1. Die Rechtskraft . . . . .	399
a) Formelle Rechtskraft . . . . .	400

b) Materielle Rechtskraft . . . . .	402
c) Rechtskraft im weiteren Sinne . . . . .	402
2. Die richterliche Unabhängigkeit . . . . .	404
3. Würde, Ansehen und Autorität der Justiz . . . . .	404
II. Argumente für die Haftung . . . . .	406
1. Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .	406
2. Rechtsvergleich . . . . .	407
a) Belgien . . . . .	408
b) Dänemark . . . . .	412
c) Finnland . . . . .	413
d) Frankreich . . . . .	414
aa) Ordentliche Gerichtsbarkeit . . . . .	414
bb) Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	416
cc) Besondere Haftungsregime . . . . .	417
e) Griechenland . . . . .	417
f) Irland . . . . .	419
g) Italien . . . . .	419
h) Luxemburg . . . . .	422
i) Niederlande . . . . .	424
k) Österreich . . . . .	426
l) Portugal . . . . .	429
m) Schweden . . . . .	431
n) Spanien . . . . .	433
o) Vereinigtes Königreich . . . . .	435
p) Ergebnis . . . . .	439
III. Ausgestaltung des unionsrechtlichen Staatshaftungs-	
anspruchs wegen judikativen Unrechts . . . . .	442
1. Zur Bedeutung der Letztinstanzlichkeit . . . . .	443
2. Die unionsrechtlichen Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	449
a) Zweck der Verleihung von Rechten . . . . .	449
b) Hinreichend qualifizierter Verstoß . . . . .	452
aa) Zum Haftungsmaßstab im Falle judikativen	
Unrechts . . . . .	452
bb) Rechtfertigung des Haftungsmaßstabs . . . . .	456
cc) Zur Bedeutung der Vorlagepflichtverletzung . . . . .	462
dd) Der Fall <i>Traghetti del Mediterraneo</i> . . . . .	464
c) Kausalität und Schaden . . . . .	465
aa) Schadensberechnung bei Verstoß gegen	
die Vorlagepflicht . . . . .	465
bb) Vorrang des Primärrechtsschutzes . . . . .	466
(1) Vertragsverletzungsverfahren . . . . .	466
(2) <i>Kühne &amp; Heitz</i> . . . . .	467
(3) Rechtsbehelfe des autonomen mitgliedstaatlichen Rechts	
(a) Deutschland . . . . .	470



(b) Spanien . . . . .	474
(c) Österreich . . . . .	475
(4) Anrufung des EGMR. . . . .	476
3. Passivlegitimation . . . . .	478
4. Die Rezeption der Köbler-Rechtsprechung in den Mitgliedstaaten. . . . .	479
a) Vorläuferentscheidungen . . . . .	479
b) Österreich . . . . .	482
aa) Bestimmung des zuständigen Gerichts. . . . .	482
bb) „Hinreichend qualifizierter Verstoß“ . . . . .	484
cc) Vorrangiger Primärrechtsschutz . . . . .	485
c) Deutschland . . . . .	485
aa) Bundesgerichtshof . . . . .	485
bb) OLG Karlsruhe . . . . .	486
cc) OLG Frankfurt a. M.. . . . .	488
d) Italien. . . . .	489
e) Frankreich . . . . .	491
aa) Tribunal de Grande Instance de Paris . . . . .	492
bb) Conseil d’Etat . . . . .	493
f) Vereinigtes Königreich . . . . .	496
5. Würdigung. . . . .	498
IV. Abschließende Betrachtung. . . . .	500
C. Haftung der Union für judikatives Unrecht. . . . .	501
I. Haftung für inhaltlich fehlerhafte Entscheidungen. . . . .	503
1. Haftung nach Unionsrecht . . . . .	503
2. Gewährung von Entschädigung durch den EGMR . . . . .	508
a) Materieller Verstoß. . . . .	509
b) Bloße Verfahrensverstöße. . . . .	511
aa) Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	511
bb) Direktklagen . . . . .	513
II. Haftung wegen überlanger Verfahrensdauer . . . . .	515
1. Unionsrechtliche Reaktionsmöglichkeiten. . . . .	515
2. Gewährung von Entschädigung durch den EGMR . . . . .	518
III. Gesamtergebnis. . . . .	520
§ 9. Europäische Menschenrechtskonvention. . . . .	521
A. Grundlagen . . . . .	521
I. Konventionsrechtlich garantierter Rechtsschutz gegen den Richter. . . . .	521
1. Die Rechtsprechungsentwicklung des EGMR. . . . .	523
a) Kein Recht auf einen Instanzenzug. . . . .	523
b) Konventionsrechtliche Verortung des Rechtsschutzes gegen den Richter. . . . .	524

2. Vom Rechtsschutzgebot erfasste Rechte . . . . .	531
3. Grundrechtsunmittelbare Ableitung des Rechtsschutzes gegen den Richter? . . . . .	532
II. Konventionsrechtliche Vorgaben bezüglich der Staatshaftung	533
1. Gerechte Entschädigung gem. Art. 41 EMRK . . . . .	535
2. Wegfall der Opfereigenschaft . . . . .	536
3. Entschädigungspflicht aus Art. 13 EMRK . . . . .	539
III. Gesamtergebnis. . . . .	540
B. Konventionsrechtliche Vorgaben für die Haftung wegen judikativen Unrechts . . . . .	541
I. Art. 5 Abs. 5 EMRK . . . . .	541
1. Begriff der „Rechtswidrigkeit“ . . . . .	542
2. Anspruchsinhalt . . . . .	547
II. Art. 3 7. ZP-EMRK . . . . .	548
III. Staatshaftung wegen überlanger Verfahrensdauer . . . . .	550
1. Unbedingte Staatshaftung . . . . .	550
2. Bedingte Staatshaftung . . . . .	550
3. Nationale Entschädigungsgesetzgebung und -praxis . . . . .	554
a) Italien . . . . .	555
b) Polen . . . . .	558
c) Slowakei . . . . .	561
d) Kroatien . . . . .	564
e) Tschechien . . . . .	566
f) Slowenien . . . . .	567
g) Portugal . . . . .	571
h) Spanien . . . . .	572
i) Frankreich . . . . .	572
aa) Ordentliche Gerichtsbarkeit . . . . .	573
bb) Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	574
k) Schweden . . . . .	575
l) Luxemburg . . . . .	575
IV. Gesamtergebnis. . . . .	576
C. Haftung für judikatives Unrecht gem. Art. 41 EMRK . . . . .	577
I. Rechtsfolgen eines Konventionsverstößes. . . . .	577
1. Modifizierte Pflicht zur <i>restitutio in integrum</i> . . . . .	577
2. Pflicht zur Durchbrechung der Rechtskraft nationaler Urteile? . . . . .	578
3. Entschädigungspflicht . . . . .	583
II. Zum Rechtswidrigkeitsmaßstab . . . . .	584
III. Entschädigung für unionsrechtswidrige nationale Gerichtsentscheidungen . . . . .	585
D. Haftung für judikatives Unrecht des EGMR . . . . .	587

## Dritter Teil Völkerrecht

§ 10. Staatenverantwortlichkeit für judikatives Unrecht . . . . .	592
A. Verantwortlichkeit für nationale Gerichtsentscheidungen . . . . .	592
I. Unrechtszurechnung . . . . .	592
II. Zur Bedeutung der Rechtswegerschöpfung. . . . .	597
III. Der judikative Völkerrechtsverstoß. . . . .	604
1. Abgrenzung von <i>déni de justice</i> und Verstößen gegen spezielle völkerrechtliche Verpflichtungen . . . . .	604
2. Inhalt des Déni-de-justice-Verbots. . . . .	607
a) Jeglicher Völkerrechtsverstoß gegenüber Fremden? . . . . .	607
b) Ausschließlich Zugang zum Gericht?. . . . .	608
c) Ausschließlich unterbliebene Wiedergutmachung eines vorangegangenen Unrechts? . . . . .	609
d) Ausschließlich Systemversagen? . . . . .	610
e) Rein prozedurale oder auch materielle Verstöße? . . . . .	611
f) Verzögerungen. . . . .	616
3. Gewohnheitsrechtliche Menschenrechtsstandards? . . . . .	617
IV. Rechtsfolgen . . . . .	619
1. Rechtsdogmatische Verortung. . . . .	619
2. Inhalt . . . . .	620
a) Pflicht zur <i>restitutio in integrum</i> ? . . . . .	621
b) Schadensersatz . . . . .	630
c) Sonstige Rechtsfolgen. . . . .	630
B. Verantwortlichkeit für internationale Gerichtsentscheidungen . . . . .	631
I. Unrechtszurechnung . . . . .	631
1. Gerichte Internationaler Organisationen . . . . .	631
2. Gerichte als Internationale Organisationen . . . . .	634
3. Sonstige internationale Gerichte. . . . .	635
II. Haftungsmaßstab. . . . .	635
§ 11. Schlussbetrachtung . . . . .	638
§ 12. Thesen . . . . .	641
Literaturverzeichnis. . . . .	659
Namen- und Sachregister . . . . .	719